



# Verdoppelte Renten

In einer **Nacht-und-Nebel-Aktion** stockt der Regionalrat die **Politiker-Renten** von 790 auf **1.530 Euro** netto auf. Opposition und SVP schieben sich gegenseitig den Schwarzen Peter zu.

SEITE 2

# Verdoppelte Renten

In einer **Nacht-und-Nebel-Aktion** stockt der Regionalrat die **Politiker-Renten** von 790 auf 1.530 Euro netto auf. Opposition und SVP schieben sich gegenseitig den **Schwarzen Peter** zu.

von Matthias Kofler

Die SVP versucht, das heikle Thema möglichst geräuschlos zu behandeln. Während Oppositionsvertreter wie Brigitte Foppa und Maria Elisabeth Rieder im Regionalrat ausführlich zur „Politikerrente“-Debatte Stellung nehmen, bleibt die gesamte, 13-köpfige SVP-Fraktion samt ihrer vier Koalitionspartner stumm. „Das sagt doch alles“, kommentiert Oppositionsführer Paul Köllensperger. „Sie haben wohl ein schlechtes Gewissen, wenn niemand das Gesicht hinhalten will.“ Von der Regierungsbank tönt es, das Gesetz sei „eh klar“, was als schwache Entschuldigung erscheint – zumal bei anderen Themen stets ein großes Redebedürfnis herrscht, besonders wenn die Öffentlichkeit den Volksvertretern nicht so genau auf die Finger schaut wie bei den Renten. „Das ist ein ganz schlechter Stil und ein Armutzeugnis für diese Mehrheit“, schimpft Andreas Leiter Reber von der Freien Fraktion, während seine Ex-Parteikollegin und Landesrätin Uli Mair mit verschränkten Armen geradeaus blickt.

Die Gesetzesinitiative, die Regionalratspräsident Roberto Paccher (Lega) in der Sommerpause quasi als Nacht-und-Nebel-Aktion eingebracht hat, sieht vor, dass die Altersvorsorgebeiträge der Politiker künftig nicht mehr in private Fonds fließen, sondern im Haushalt der Region verbleiben. Sobald Abgeordnete bestimmte Kriterien erfüllen, erhalten sie eine beitragsabhängige Entschädigung.

Paccher argumentiert, dass die Region durch die direkte Verwaltung der Mittel bis 2043 mehr als 26 Millionen Euro einsparen könne. Das neue System unterscheidet sich jedoch nur in der Höhe der Renten von den früheren, öffentlich verpönten Leibrenten.

Brigitte Foppa bezeichnet die neue Rentenregelung als „ein vergiftetes Thema auf minenverseuchtem Boden“ und kritisiert, dass Abgeordnete ihre Altersvorsorge selbst gestalten können – im Gegensatz zu allen anderen ArbeitnehmerInnen. Sie verweist auf das frühere Renteneintrittsalter von 64 Jahren, im Vergleich zu 67 Jahren für andere Rentner. „Und groß angekündigte Einsparungen haben sich bisher oft als Trugschluss erwiesen“, weist Foppa indirekt auf Millionen-Vorschüsse an Dutzende Ex-Abgeordnete hin. Maria Elisabeth Rieder moniert die Einreichung des



**Renten-Debatte im Regionalrat**  
„Die lesen lieber Zeitung ...“

Entwurfs in der Urlaubszeit als intransparent. „Die Mehrheit liest lieber Zeitung, als sich an der Diskussion zu beteiligen“, äußert sich die Team-K-Frontfrau „schockiert“ über die Debattenkultur von SVP, FdI und Co. Ohne detaillierte Unterlagen sei es unmöglich zu beurteilen, ob das neue System tatsächlich Einsparungen bringe. Letztlich werde es jedoch zu höheren Renten führen, da die Abgeordneten künftig deutlich weniger Steuern zahlen müssten.

In der Tat: Laut Berechnungen des Regionalrats wird die Rente mit dem neuen System bereits nach fünf Jahren von einigen Hundert auf 805 Euro netto steigen und nach zehn Jahren von 835 auf 1.530 Euro netto – was einer Verdopplung entspricht. Ein Privileg, das den Mindestrentnern verwehrt bleibt, denen der Staat lediglich eine Erhöhung von drei Euro gewährt.

Das Team K hebt einen weiteren heiklen Punkt des Paccher-Gesetzes hervor: das vorgesehene Ende

des Kumulierungsverbots von Rente und Mandatsentschädigung. Maria Elisabeth Rieder erinnert daran, dass dieses Verbot ursprünglich eingeführt wurde, um einen unbeliebten Trentiner Abgeordneten loszuwerden – und dass auch ihr Team-K-Kollege Franz Ploner davon betroffen war. Nun wolle die Mehrheit das Verbot kippen, um dem SVP-Abgeordneten Hubert Messner, einem „Freund des Landeshauptmanns“, einen Gefallen zu tun, verlautet aus der Opposition. Messner weist die Vorwürfe während Rieders Rede empört zurück und betont, dass er nie eine Änderung zu seinem eigenen Vorteil gefordert habe.

Trotz dieser Rückversicherung stimmt Messner gegen den Antrag der Opposition, das Verbot aufrechtzuerhalten – und somit gegen die Möglichkeit, weiterhin unentgeltlich seiner Abgeordnetentätigkeit nachzugehen. Die anderen betroffenen, bereits pensionierten Abgeordneten zeigen unterschiedliche Reaktionen: Thomas Widmann, dessen Entschädigung bislang nur leicht gekürzt wurde,



## Politik



Maria Rieder



Harald Stauder



Brigitte Foppa



Hubert Messner



bleibt bei der Abstimmung passiv und drückt keinen der drei Knöpfe. Franz Ploner hingegen, der fünf Jahre lang überhaupt kein Abgeordneten-Salär erhalten hat und in den letzten Monaten laut Vizepräsident Sepp Noggler zumindest ein paar Hundert Euro bekommen hat, stimmt sogar gegen die Wiedereinführung seines Gehalts. „Bei diesem Thema steht bei mir eine Mauer“, erklärt der pensionierte Primar und distanziert sich klar von der Debatte.

Innerhalb der SVP wird Rieder Scheinheiligkeit und Doppelmoral vorgeworfen. „Dass ausgerechnet sie sich zu Wort meldet...“, äußert ein hochrangiger Edelweißpolitiker seine Verwunderung. Sein Argument: Während „freiberufliche“ Abgeordnete wie Philipp Achammer oder Peter Brunner nur die Zusatzrente des Regionalrats beziehen und privat vorsorgen müssen, erhalte Rieder als freigestellte Angestellte im Sanitätsbetrieb weiterhin Rentenbeiträge vom Arbeitgeber. Für sie werde also während der Mandatsdauer doppelt eingezahlt. Und, so Sven Knoll von

der Süd-Tiroler Freiheit, diese Kollegen könnten nach ihrem Ausscheiden aus der Politik „auf ihrem feinen, warmen Sessel“ zurückkehren.

„Wir wollen ein System schaffen, das für alle Abgeordneten gleiche Bedingungen und Rentenansprüche ermöglicht“, betont SVP-Fraktionschef Harald Stauder. Das neue System sei von INPS-Vizepräsidentin Luisa Gnecci vorgeschlagen worden und gelte bereits in 18 anderen Regionen. Zudem habe jeder Mandatar die Möglichkeit, beim „alten“ System zu bleiben, wenn er dies wünscht. Eine faktenbasierte Darstellung dieser Aspekte fehle in der Debatte leider völlig, und einige Kollegen, die in gesicherten Positionen sitzen würden, kämen „auf dem moralischen Ross hergeritten“.

**„Sie haben wohl ein schlechtes Gewissen, wenn niemand das Gesicht hinhalten will.“**

*Paul Köllensperger*

Doch auch innerhalb der Opposition hängt der Haussegen schief: Die rechten Kräfte rund um STF und JWA enthalten sich bei den Abstimmungen konsequent, da sie auch die Vorschläge der Grünen und des Team K ablehnen, die Politiker-Rente entweder dem staatlichen INPS zu übergeben oder eine unabhängige Kommission einzusetzen. „Diese Kompetenz kann nicht an den Staat übergehen – das müssen die beiden Landtage regeln, wie es der Sonderausschuss empfohlen hat“, betont Sven Knoll. „Aber die höhere Rente nehmen sie alle gerne“, ärgert sich Maria Elisabeth Rieder und zeigt dabei auch auf Grüne, Vita, STF, JWA, Wir Bürger und Freie Fraktion, die sich – im Gegensatz zum Team K, das mit Nein stimmt – bei der Endabstimmung enthalten. Brigitte Foppa wiederum wirft den Gelben in einem persönlichen Gespräch auf den Bänken des Regionalrats vor, mit falschen Zahlen zu hantieren, um die gesamte Politik in ein schlechtes Licht zu rücken. Es brauche weder den erhobenen Zeigefinger noch das Schwingen der Moralkeule, findet auch Sven Knoll. Das Renten-Gesetz wird mit 36 Ja, 10 Nein und 20 Enthaltungen verabschiedet.